

AKTUELL

STÄDTISCHES STROMWERK

Leo im Glück

Raymond Klein

Die Abtretung der hauptstädtischen Energiestrukturen an die Firma Enovos wurde heftig von den Gewerkschaften bekämpft. Was aber den einen als Privatisierung mit dem Brechisen erscheint, ist für andere eine sinnvolle energiepolitische Entscheidung.

„Die Privatisierung ist schlecht für die Verbraucher und für die Angestellten des Stromwerks.“ So in etwa lautete die Botschaft, die Gewerkschafter Anfang des Jahres den BürgerInnen der Stadt Luxemburg nahe zu bringen versuchten. In geduldigem Klinkenputzen informierten sie über ihr Anliegen und sammelten Unterschriften für ein Referendum. Diese beeindruckende Mobilisierung scheint nun aber einer Stimmung der Resignation gewichen zu sein. Zu der gerade vollzogenen Integration von Leo und anderen städtischen Elektrizitätsdiensten in den Konzern Enovos brachten die Gewerkschaften nicht einmal ein Pressecommuniqué zustande, sondern verschickten nur ein schwer verständliches, im Rahmen der Verhandlungen erstelltes Dokument. Diese Entmutigung erklärt sich dadurch, dass die Gewerkschaften bei der groß angekündigten Unterschriftensammlung ein paar Gesetzesdetails übersehen hatten und der Schöffenrat sich angesichts der nicht ausreichenden Zahl von Stimmen weigerte, ein Referendum zu veranstalten.

Ob der Übergang von kommunalen zu kommerziellen Strukturen wirklich so schlecht für die VerbraucherInnen ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Bürgermeister Paul Helminger stellte im RTL-Fernsehen eine Senkung der Strompreise in Aussicht. Der Gewerkschaftler Justin Turpel dagegen prognostizierte gegenüber der „Voix du Luxembourg“ für das Jahr 2011 eine mehrfache Anhebung. Eigentlich wäre zu erwarten, dass die Strompreise in der Stadt sich denen im Rest des Landes angleichen - wo mit der Cegeled, die mittlerweile in Enovos aufgegangen ist, schon länger eine kommerzielle Gesellschaft die Elektrizität lieferte. Plausibel ist auch Helmingers Aussage, die städtischen Strukturen seien zu klein, um im Wettbewerb des Strommarkts dauerhaft bestehen zu können.

Dass die Angestellten der Stadt Luxemburg die Veränderung nicht begrüßen, ist verständlich. Allerdings

sieht es so aus, als blieben ihre Rechte zum größten Teil gewahrt. Das „Luxemburger Wort“ berichtet über ungeklärte Fragen, die Mitarbeiter des Ablesedienstes betreffend, und über den Wunsch der einstigen Mitarbeiter der Stadt Luxemburg, dass sie „nicht nur ihren Statut behalten, sondern darüber hinaus in den Genuss verschiedener Vorteile der Creos-Belegschaft kommen sollten“. Alles in allem scheinen sich die sozialen „Grausamkeiten“ in Grenzen zu halten, wie auch Turpel bestätigt: Es stünden keine Lohneinbußen für die betroffenen Angestellten des Stromwerks an - allerdings habe Enovos die Absicht, bei Neueinstellungen die Gehälter abzusenken.

Die hauptstädtische LSAP stimmte gegen die „Privatisierung“ der Energienetze. Per Communiqué erläuterte sie in verklausulierter Form, sie sei nicht wirklich dagegen, missbillige jedoch die Art und Weise, in der die Entscheidung gegen die Gewerkschaften durchgesetzt wurde. Vor allem geht es der hauptstädtischen LSAP aber darum, die blau-grüne Mehrheit zu kritisieren, ohne den eigenen Minister bloßzustellen. Es war nämlich der Sozialist Jeannot Krecké, der bei der Gründung von Enovos ankündigte, diese wolle sich die kommunalen Energiestrukturen einverleiben.

Das Wörtchen „Privatisierung“ gehört in diesem Zusammenhang zwischen Anführungszeichen gesetzt, denn es ist gerade die Einverleibung von Leo, die aus der Enovos-Netzgesellschaft Creos eine öffentlich kontrollierte Gesellschaft macht: Wie das „Wort“ schreibt, übernimmt die Stadt Luxemburg 20 Prozent der Aktien von Creos und steigert damit den Anteil der öffentlichen Hand auf über 57 Prozent. Damit hat Jeannot Krecké sein Versprechen eingelöst, die Kontrolle über die strategisch wichtigen Energienetze zu übernehmen.

Umweltpolitisch ist die Stärkung von Enovos nicht unbedingt eine gute Nachricht. Am Kapital der Muttergesellschaft sind mehrere für Kohle- und Atomstrom berühmte Konzerne beteiligt. Dass die Firma auch Ökostrom-Projekte fördert, kann nicht vergessen machen, dass der in Luxemburg ausgelieferte Strommix alles andere als grün ist. Doch das war - leider - auch unter kommunaler Kontrolle nicht anders.

SHORT NEWS

Luxemburger Cancún Appell

Am 8. Dezember trafen sich in den Räumlichkeiten der ASTM die Partnerorganisationen des europäischen Projektes „Energy-Bridges - nachhaltige Energie zur Armutsbekämpfung“ um ihre erfolgreiche Zusammenarbeit abzuschließen. Bei dieser Gelegenheit richteten sie einen Appell an ihre Regierungen und die EU-Kommission. So sollen die europäischen Staaten gemäß ihrer historischen Verantwortung und ihrem ökonomischen Potential ihre Treibhausgase im Vergleich zu 1990 bis 2020 um 40 Prozent reduzieren. Drei Viertel dieser Reduktion soll auf nationaler Ebene geschehen. Die Länder des Südens hätten hingegen das Recht, der Armutsbekämpfung Priorität einzuräumen. Die Hilfe zur Reduzierung der Treibhausgase und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels im Süden sei die Begleichung einer Schuld nach dem Verursacherprinzip und infolgedessen zusätzlich zur Entwicklungshilfe zu leisten. Für diese Maßnahmen stehen bis 2012 rund 30 Milliarden US-Dollar zur Verfügung. Die EU hat 2,4 Milliarden US-Dollar pro Jahr zugesagt. Grundsätzlich sollte der Schutz der Regenwälder ohne das Generieren von Emissionsrechten gewährleistet werden. Dabei seien Monokulturen auszuschließen und die Rechte der indigenen Völker zu berücksichtigen.
Mehr Infos: www.energybridges.eu

L'idiotie répressive

« Depuis mon point de vue de médecin, je ne peux évidemment pas cautionner la consommation de drogues. » Conférencier au dernier « vendredi rouge » organisé par déi Lénk, le docteur Michel Pletschette, fonctionnaire à la Commission européenne à la direction générale de la recherche, a débuté son intervention au sujet de la politique des drogues de manière originale. Il n'en a pas moins plaidé en faveur d'une nouvelle politique qui tournerait le dos à la logique répressive. Évaluant le coût de cette politique au Luxembourg à une centaine de millions d'euros par an, il a également estimé que « du point de vue de la santé publique, l'idée d'interdire les drogues est mauvaise » et a plaidé en faveur d'une « régulation » de la vente des drogues. Ensuite il a également passé en revue la politique internationale, établissant des liens directs avec la situation au Luxembourg. Ainsi relève-t-il que la guerre en Afghanistan a considérablement contribué à faire baisser le prix de la dose d'héroïne, qui avoisine actuellement les 15 euros. « Les Américains ont eu l'excellente idée de distribuer gratuitement de la nourriture à la population, ce qui a forcé les paysans à se reconvertir dans la culture de l'héroïne. Et la guerre renforce les clans des narcotrafiquants dont le président Karzaï fait également partie. »

Sous-justice pour sous-munitions

Le ministre de la Sécurité sociale Mars Di Bartolomeo un criminel de guerre ? C'est possible. Mais il est improbable que son collègue du gouvernement, le ministre de la Justice François Biltgen le dénonce. C'est pourtant ce qu'a tenté d'obtenir André Hoffmann, député « déi Lénk », à travers une question parlementaire. Il s'agit, bien sûr, de l'affaire du financement de la production d'armes à sous-munitions, auquel a participé de manière indirecte le fonds de compensation de la caisse de pension luxembourgeoise. Le député rappelle le caractère probablement illégal des placements effectués par ce fonds, annulés entre-temps. Il suggère « d'évaluer les responsabilités engagées à des niveaux différents: professionnels du milieu financier (gérants, conseillers) ou décideurs politiques ». Dans sa réponse, le ministre de la Justice affirme qu'aucune infraction à la loi pénale n'a été « constatée », et promet qu'à l'avenir « chaque membre du Gouvernement veillera, dans le cadre de ses attributions, au respect de cette loi par les organes relevant de sa compétence ». Après cette non-réponse aux trois premiers points de la question de Hoffmann, Biltgen oublie carrément le quatrième concernant la manière dont le gouvernement entend appliquer - ou non - la loi à l'égard des acteurs du secteur bancaire.